



## FACTSHEET: EL SALVADOR

### 1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

El Salvador hat 6,3 Millionen Einwohner\*innen. Von 1980 bis 1991 herrschte Bürgerkrieg mit 70.000 Toten. Das kleinste Land Mittelamerikas hat mit Ungleichheit, Korruption, Gewalt und Kooptation des Staats zu kämpfen. Sowohl die konservative ARENA-Partei wie auch die aus der Guerilla-Bewegung hervorgegangene FMLN konnten die Hoffnungen auf mehr soziale Gerechtigkeit nicht erfüllen und diskreditierten sich durch Korruption. Dies ermöglichte 2021 den Wahlsieg des Präsidenten **Nayib Bukele**, der die fragilen demokratischen Institutionen weiter schwächt. Im Februar 2020 hat er den Kongress durch das Militär besetzen lassen, um die Zustimmung zu Verteidigungsausgaben zu erzwingen. Seit dem Wahlerfolg seiner Partei, **Nuevas Ideas**, die im Februar 2021 eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreichte, agiert er zunehmend autoritär. Am 1. Mai 2021 ließ er die **Richter der Verfassungsgerichtskammer des obersten Gerichtshofs und den Generalstaatsanwalt vorzeitig absetzen** und durch regierungsfreundliche Amtsträger\*innen ersetzen. Nach Recherchen der unabhängigen Zeitung El Faro hatten die Richter\*innen und der Staatsanwalt Korruptionsfälle in den Reihen der Regierung Bukele und Geheimverhandlungen mit den Maras, den Jugendbanden, untersucht.<sup>1</sup>

Weiterhin (Stand Ende Juni 2022) gilt in El Salvador ein am 27. März 2022 dekretierter Ausnahmezustand. Nach einer brutalen Mordserie mit 87 Todesopfern innerhalb von drei Tagen, für die die berüchtigten Gang *Mara Salvatrucha 13* (MS-13) die Verantwortung übernahm, hatte Präsident Bukele das Parlament angewiesen, für 30 Tage den Ausnahmezustand zu verhängen. Inzwischen wurde der Ausnahmezustand bereits zum dritten Mal um jeweils einen Monat, bis zum 25. Juli, verlängert. Gustavo Villatoro, Minister für Justiz und Innere Sicherheit, begründet dies damit, dass bis zum 24. April zwar bereits 16.500 Bandenmitglieder verhaftet worden seien, sich aber nach wie vor etwa 70.000 Kriminelle auf freiem Fuß befänden. Gleichzeitig hat das Parlament zusätzliche Mittel für Polizei und Militär in Höhe von 80 Millionen US-Dollar genehmigt. Der Ausnahmezustand berechtigt zur Einschränkung vier zentraler Grundrechte: des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit; des Briefgeheimnisses und des Rechts der Unverletzlichkeit privater Kommunikation ohne vorherige richterliche Genehmigung; des Rechts, innerhalb von 72 Stunden nach Verhaftung einem Gericht vorgeführt zu werden und des Rechts, über die Gründe der Verhaftung informiert zu werden sowie einen Rechtsbeistand und einen fairen Prozess zu erhalten.

Als eine weitere Eskalation der Lage kann der von Bukele am 09.11.2021 dem Parlament vorgelegte Entwurf eines **„Agentengesetzes“** eingeordnet werden. Neben Instrumenten bürokratischer Gängelung wurde auch eine 40%ige Besteuerung aller Einnahmen aus dem Ausland der als „ausländische Agenten“ eingestuft zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeführt. Ähnlich wie in Russland und in Nicaragua, würde das Gesetz, das nur nach massiven diplomatischen Protesten – vorläufig – gestoppt werden konnte, dem Gesetzgeber weitgehende Definitionshoheit darüber geben, wen er als „Agenten“ einstufen möchte.<sup>2</sup>

El Salvador wurde im Juni 2021 das weltweit erste Land, das **Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel** – neben dem US-Dollar – anerkannt hat. Das „Bitcoin-Gesetz“ trat am 7. September 2021 in Kraft. Es kam von Anfang an zu Problemen: Nutzer\*innen von Bitcoin benötigen einen Internetzugang, in El Salvador verfügen darüber jedoch nur 50 Prozent der Bevölkerung. Zudem erschwerten Verzögerungen bei der Auszahlung, Fehlbuchungen und Missbrauch von Daten



erschweren die Situation. Bislang müssen vor allem Dienstleister\*innen, wie Supermärkte etc. Bitcoin annehmen. Dazu kommt, dass sich das Bitcoin-System im Gegenteil zum traditionellen Finanzsystem nur bedingt kontrollieren lässt und somit anfälliger für Korruption ist.<sup>3</sup> Das staatliche Transaktionssystem Chivo-Wallet regt auch zum Identitätsdiebstahl an: Vielfach wurde bereits die Ausweisnummer einer anderen Person genutzt, um sich die Bitcoin-App herunterzuladen.<sup>4</sup>

Das Land ist mit 24,4 Milliarden US-Dollar (Stand März 2022) hoch verschuldet und öffentliche Investitionen sowie Zahlungen aus dem Staatshaushalt an die Kommunen werden nicht mehr getätigt.<sup>5</sup> Es besteht eine hohe Abhängigkeit von Rücküberweisungen der Migrant\*innen aus dem Ausland, die inzwischen mehr als ein Viertel des BIP ausmachen.<sup>6</sup> Der Versuch, der Abhängigkeit von internationalen Finanzinstitutionen durch die Einführung des Bitcoins zu entgehen und neue Investor\*innen anzuziehen, ist angesichts der Krise der Kryptomärkte und der mangelnden Glaubwürdigkeit der Regierung vorerst gescheitert.

Die Beziehungen zu den USA haben sich nochmals rapide verschlechtert. Präsident Bukele nahm im Juni 2022 nicht am Gipfel der Americas in Los Angeles teil und nannte die OAS im Vorfeld das „Kolonialministerium der USA“. Für Juni 2022 ist mit weiteren Sanktionen seitens des US-State Departments gegen Mitglieder der Regierung Bukele zu rechnen, wegen Korruption und Komplizenschaft beim Abbau demokratischer Institutionen. Neben dem Einfrieren der Konten, beinhalten die Sanktionen auch den Entzug von Visa.

## 2. Situation der Zivilgesellschaft

Trotz wachsender Kritik an Bukele gibt es nach Umfragen immer noch Zustimmungsraten von über 80%. Trotz größerer Demonstrationen Ende 2021 wächst der Protest nur langsam und ist immer noch verhältnismäßig schwach. Die **protestierende Bevölkerung** spricht sich in Teilen gegen den Bitcoin, die zunehmende Militarisierung, die hohen Lebenshaltungskosten und Korruption bei den Importen im Zusammenhang mit der Pandemie aus. Die Regierung reagiert mit einer Infragestellung der Legitimität der Proteste sowie dem Einsatz von landesweiten Militär- und Polizeisperren. Bukele hat angekündigt, die Zahl der Soldaten in den nächsten Jahren verdoppeln zu wollen.

Die Arbeit **zivilgesellschaftlicher nationaler und internationaler NGOs, Stiftungen und Institutionen** ist in El Salvador nicht erst seit dem Entwurf des „Agentengesetzes“ in Gefahr, denn Bukele kündigte schon im Juni 2021 einen „Kampf gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, Think Tanks sowie Medienschaffende, die für ihn zu einem ideologischen Apparat gehören“ an.<sup>7</sup> Die zivilgesellschaftlichen nationalen und internationalen NGOs, Stiftungen und Institutionen werden so in ihrer Meinungsfreiheit beschnitten. In seinen jüngsten Verlautbarungen via Twitter beschuldigt Bukele gar internationale Organisationen und NGOs, gemeinsam mit der Opposition, die Umwandlung der Maras in eine Guerilla-Truppe zu fördern und finanzieren.

### *Pressefreiheit*

Die Situation von Journalist\*innen hat sich unter Bukele verschlechtert. Insbesondere auf dem Kurznachrichtendienst Twitter kritisiert er unabhängige Berichterstattung. Anfang 2022 wurde bekannt, dass mehrere Dutzend Journalist\*innen, insbesondere der Online-Zeitung *El Faro*, mittels des Spionageprogramms Pegasus monatelang abgehört wurden. Laut der Asociación de



Periodistas de El Salvador (APES) gab es 2019 (Jahr des Amtsantritts von Bukele) mindestens 77 **Verletzungen des Rechts auf Pressefreiheit**, 2020 stieg die Zahl auf 125, und allein von Januar bis Juli 2021 verzeichnete APES bereits 158 **Übergriffe auf Journalist\*innen**.<sup>8</sup> Die zeitgleich mit der Verkündung des Ausnahmezustandes verabschiedeten Strafrechtsreformen stellen grundsätzlich alle Informationen über Maras unter Strafe; Journalist\*innen, die über Bandengewalt oder die Geheimverhandlungen der Regierung mit den Maras berichten, drohen bis zu 15 Jahren Haft.

### *Geschlechtsspezifische Gewalt*

El Salvador hat mit 6,5 Femiziden pro 100.000 Frauen eine der **höchsten Femizidraten weltweit**. 67 von 100 Frauen haben in irgendeiner Form geschlechtsspezifische Gewalt erlebt, nur sechs von ihnen erstatten Anzeige. Diese niedrige Zahl resultiert aus der Angst vor Repressalien, der Furcht vor Stigmatisierung, Reviktimisierung sowie einem mangelnden Vertrauen ins Justizsystem.<sup>9</sup> Fehl- und Totgeburten werden als Abtreibung und Kindsmord und somit als Verstoß gegen Artikel 133 des Strafgesetzbuches interpretiert. Der Interamerikanische Gerichtshof hat im November 2021 den Staat El Salvador im Todesfall von Manuela (Pseudonym zum Schutz des Opfers) für schuldig erklärt. Nachdem Manuela eine Fehlgeburt erlitten hatte, wurde sie 2008 zu 30 Jahren Haft durch den Staat El Salvador verurteilt. Bukele lehnt jede Verfassungsänderung zum Thema Abtreibung sowie zur gleichgeschlechtlichen Ehe strikt ab.<sup>10</sup>

### **Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:**

- Öffentliche Verlautbarung der Besorgnis über die Verlängerung des Ausnahmezustands, die sich verschlechternde Lage der Rechtsstaatlichkeit sowie Aufklärung der begangenen Menschenrechtsverletzungen.
- Gemeinsame Veranstaltungen der deutschen Botschaft und deutscher Institutionen vor Ort mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, um deren Bedeutung für die Demokratie zu unterstreichen und weiteren Kriminalisierungen vorzubeugen.
- Gegenüber der Regierung von El Salvador: Infragestellung sämtlicher finanzieller Kooperationen, falls das "Agentengesetz" wieder neu verhandelt wird.
- Öffentliche Verlautbarungen zur Unterstützung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und Ausdruck der Besorgnis über die zunehmende Kriminalisierung von Journalist\*innen, insbesondere gegen die Gesetze, welche die Berichterstattung über Maras kriminalisieren, sowie gegen den Einsatz des Spionageprogramms Pegasus.
- Maßnahmen gegen die Personen, die auf der Liste Engel und Magnitsky aufgelistet sind: etwa auch, die Verweigerung von Visa.

### **Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:**

